

ANALYSE

Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland

Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland

580. Die Verteilung der Einkommen der Haushalte in Deutschland ist, wie die aktuelle Debatte über das Phänomen einer Unterschicht zeigt, ein wichtiges wirtschafts- und sozialpolitisches Thema, welches nicht losgelöst von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und insbesondere von der Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gesehen werden kann. In diesem Zusammenhang stellt sich beispielsweise die Frage, welche Auswirkungen die seit Mitte der neunziger Jahre sinkende Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland hat. Eine weitere wichtige Frage ist, welchen Einfluss die im Zeitverlauf deutlich gestiegene registrierte Arbeitslosigkeit auf die Einkommensverteilung und insbesondere die Einkommensarmut in Deutschland ausübt.

581. Die vorliegende Analyse untersucht die Verteilung der Haushaltseinkommen anhand aktueller Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bis zum Erhebungsjahr 2005 (Welle 22) mit Informationen zum Jahreseinkommen bis zum Jahr 2004. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Analyse der Zusammensetzung der Haushaltsnettoeinkommen. Hierzu werden die Nettoeinkommen der Haushalte nach bestimmten Einkunftsarten, wie beispielsweise Einkommen aus abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit oder Einkommen aus staatlichen Transfers, aufgeteilt und die Einkommensanteile für diese Einkunftsarten im Zeitverlauf untersucht. Diese Dekomposition wird für alle Dezile der Einkommensverteilung getrennt durchgeführt. Weitere wichtige Punkte der vorliegenden Analyse sind der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Konzentration der Einkommen und die Entwicklung der relativen Einkommensarmut in Deutschland. Zum Abschluss dieser Analyse wird der zeitliche Verlauf der Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland mit einer Untersuchung für OECD-Staaten verglichen.

582. Im Zeitraum der Jahre 1991 bis 2004 hat in Deutschland die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen deutlich und die der Haushaltsnettoeinkommen leicht zugenommen. Der Anstieg der Konzentration ist dabei für die Markteinkommen und für die Nettoeinkommen in den neuen Bundesländern deutlich stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet. Die Veränderungen der Disparitäten des Haushaltsnettoeinkommens spielen sich in beiden Gebietsständen vorwiegend an den Rändern der Verteilung ab. Die Zerlegung der Nettoeinkommen nach den verschiedenen Einkunftsarten lässt erkennen, dass der Anteil des Einkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 deutlich gesunken ist; diese Beobachtung gilt für alle Dezile der Einkommensverteilung. Im Gegenzug hat sich der Einkommensanteil aus staatlichen Transfers im Zeitverlauf merklich erhöht.

Eine Untersuchung für den Zeitraum der Jahre 1983 bis 2004 lässt für Deutschland einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosenquote und der Konzentration der Markteinkommen der Haushalte erkennen. Für die Konzentration der Nettoeinkommen der Haushalte ist ein entsprechender Zusammenhang nicht signifikant nachweisbar. Darüber hinaus kann auch hier kein signifikanter Zusammenhang zwischen der konjunkturellen Entwicklung und der Ungleichheit der Einkommen in Deutschland festgestellt werden. Für den Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 ist in Deutschland ein merklicher Anstieg der relativen Einkommensarmut zu verzeichnen, der in den neuen Bundesländern noch stärker ausfällt als im früheren Bundesgebiet. Verschiedene Studien machen als Hauptursache für diese Entwicklung die gestiegene Arbeits-

losigkeit aus. Maßnahmen zur Verringerung der relativen Einkommensarmut in Deutschland und der damit möglicherweise verbundenen sozialen Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen sollten daher am Arbeitsmarkt ansetzen.

Ein Vergleich der Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen in 26 OECD-Staaten für den Zeitraum von 1985 bis 2000 zeigt, dass das Ausmaß der Ungleichverteilung dieser Einkommen in Deutschland zu allen Betrachtungszeitpunkten unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Für den Zeitraum der Jahre 1995 bis 2000 findet eine aktuelle Studie der OECD keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Veränderung der Arbeitslosigkeit in den betrachteten OECD-Staaten und der Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen; für die Konzentration der Markteinkommen der Haushalte ist dagegen ein positiver Zusammenhang zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erkennen. Diese Studie steht im Einklang mit den Ergebnissen einer eigenen Untersuchung zum Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Ungleichverteilung der Einkommen.

Datenbasis

583. Basis der Analysen für Deutschland sind die Daten des **Sozio-oekonomischen Panels**. Hier werden jährlich – nach Möglichkeit – dieselben repräsentativ ausgewählten privaten Haushalte unter anderem zu ihrem Einkommen und ihrer sozialen Situation befragt. Im Jahr 2005 nahmen 11 440 Haushalte, die etwa 21 100 Einzelpersonen umfassten, an der Befragung teil.

Die hier verwendete Gesamtstichprobe besteht insgesamt aus sechs Teilstichproben. Mit den Stichproben A (Westdeutschland) und B (ausländische Wohnbevölkerung) startete das SOEP im Jahr 1984. Im Jahr 1990 kam die Stichprobe C, die Haushalte in den neuen Bundesländern enthält, hinzu. Diese Stichproben wurden im Jahr 1994 durch eine Zuwanderungstichprobe D ergänzt. Im Jahr 1998 wurde eine Ergänzungstichprobe E gezogen, welche die Datenbasis nochmals erweiterte. Eine deutliche Erhöhung der Fallzahlen um mehr als 50 vH ergab sich schließlich durch die Berücksichtigung einer Auffrischungstichprobe F ab dem Jahr 2000.¹⁾

Im Bereich der Haushalte mit sehr hohen und sehr niedrigen Einkommen ist zu vermuten, dass im SOEP, wie in allen Haushaltsbefragungen mit freiwilliger Teilnahme, „Spitzeneinkommen“ und sehr geringe Einkommen aufgrund eines Mittelstands-Bias²⁾ nur unzureichend erfasst werden.

Einkommensbegriffe und Verteilungsmaße

584. Unter dem **Markteinkommen** der Haushalte werden das Einkommen aus selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit und aus Vermögen sowie private Transfers (beispielsweise private Unterstützungsleistungen von Eltern oder geschiedenen Ehepartnern) verstanden. Dem Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit werden die Arbeitgeberbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung und Sozialen Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung sowie Gesetzlichen Rentenversicherung nicht hinzugerechnet, da eine Reihe von Veränderungen im Sozialversicherungsrecht insbesondere im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung dazu geführt hat, dass eine eigentlich notwendige Ermittlung dieser Beiträge zur Zeit mit großen Schwierigkeiten behaftet ist.

¹⁾ In den folgenden Analysen sind Personen, die in Kasernen, Altersheimen, Justizvollzugsanstalten und Sammelunterkünften leben, nicht enthalten. Grundsätzlich sind Personen ohne festen Wohnsitz nicht erfasst.

²⁾ Ein Mittelstands-Bias ergibt sich, falls auskunftswillige Haushalte in allen sozio-demografischen Gruppen überproportional den mittleren Einkommensbereichen angehören.

Zum Vermögenseinkommen zählen neben den Kapitaleinkommen (Zinsen und Dividenden sowie die um den Finanzierungs- und Instandhaltungsaufwand reduzierten Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung) der Mietwert selbst genutzten Wohneigentums. Hier wird nur der Nettomietwert³⁾ selbst genutzten Wohneigentums berücksichtigt. Des Weiteren umfasst das Markteinkommen Einkünfte aus privaten Renten.

Das **Haushaltsnettoeinkommen** stellt auf das den Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen ab. Hierzu werden vom oben definierten Markteinkommen die geleistete Einkommensteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Arbeitnehmeranteil) abgezogen und die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (Sozialversicherungsrenten), Pensionen sowie staatliche Transfers hinzugerechnet. Das Haushaltsnettoeinkommen setzt sich letztlich zusammen aus dem Einkommen aus selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit, dem Mietwert selbst genutzten Wohneigentums, dem Kapitaleinkommen, privaten Transfers, privaten Renten, staatlichen Transfers und Sozialversicherungsrenten abzüglich der gezahlten direkten Steuern und der Sozialabgaben. Einkommenszuflüsse wie regelmäßige Sonderzahlungen werden dabei erfasst, während einmalige Einkommenszuflüsse wie beispielsweise Einnahmen aus Lotteriegewinnen, Erbschaften oder Schenkungen im SOEP zwar erfasst, aber nicht systematisch dem regelmäßigen Einkommen zugerechnet werden. Einnahmen aus Vermögensveräußerungen werden in der Analyse ebenfalls ausgeklammert.

585. Bei Analysen der Einkommensverteilung ist es üblich, eine **Äquivalenzgewichtung** der Einkommen vorzunehmen. Damit wird neben Unterschieden in der Höhe des Bedarfs der einzelnen Haushaltsmitglieder insbesondere Skaleneffekten einer gemeinsamen Haushaltsführung Rechnung getragen, also dem Umstand, dass Mehrpersonenhaushalten geringere Ausgaben je Haushaltsmitglied genügen als kleineren Haushalten, um den gleichen Lebensstandard zu erlangen. In der vorliegenden Untersuchung wird die modifizierte OECD-Skala als Äquivalenzskala verwendet. Der Haushaltsvorstand erhält hier stets ein Gewicht von 1, weitere Haushaltsmitglieder werden mit 0,5 (ab einem Alter von 15 Jahren) beziehungsweise 0,3 (bei einem Alter von weniger als 15 Jahren) gewichtet. Diese Gewichtung hat damit beispielsweise zur Folge, dass ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und drei Kindern unter 15 Jahren das 2,4-fache Einkommen eines Einpersonenhaushalts benötigt, um statistisch den gleichen Lebensstandard zu erlangen. Ergebnisse auf Basis anderer gängiger Äquivalenzskalen ergeben zwar ein unterschiedliches Niveau des Durchschnittseinkommens, das Verlaufsbild über die Zeit hinweg ändert sich durch die Wahl der Skala jedoch nur wenig – ebenso wenig wie die Resultate bezüglich der Einkommensverteilung.

Aus verteilungspolitischer Perspektive sind für die Zuordnung der Einkommen nicht die Haushalte, sondern Personen (in diesen Haushalten) die relevanten Bezugseinheiten, da sich für ein gegebenes Haushaltseinkommen je nach Größe und Struktur des Haushalts möglicherweise sehr unterschiedliche Lebensstandards ergeben. Die Art und das Ausmaß der „Umverteilung“ innerhalb eines Haushalts sind allerdings im Detail nicht zu erfassen, so dass folgende zwei Annahmen getroffen werden: Erstens fließen die Einkommen aller Personen eines Haushalts in einen gemeinsamen Pool und werden anschließend so verwendet, dass alle Haushaltsmitglieder das gleiche Wohlstandsniveau erreichen. Zweitens entstehen bei einer gemeinsamen Haushaltsführung (in Mehrpersonenhaushalten) Einsparungen bei den Lebenshaltungskosten im Vergleich zu einer ent-

³⁾ Der Nettomietwert bestimmt sich als Differenz aus dem Bruttomietwert und dem Finanzierungs- und Instandhaltungsaufwand.

sprechenden Zahl von Single-Haushalten. Aus diesen Annahmen lässt sich das Konzept des Äquivalenzeinkommens ableiten, welches in der vorliegenden Ausgestaltung sowohl Haushaltsgrößenersparnisse als auch Bedarfsunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern berücksichtigt. Aus der Division des Haushaltseinkommens durch die Summe der Äquivalenzgewichte aller Haushaltsmitglieder erhält man ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das so genannte Äquivalenzeinkommen, als personellen Wohlstandsindikator (Becker und Hauser, 2004).

586. Die Analyse der personellen Einkommensverteilung erfolgt anhand verschiedener Konzentrations- beziehungsweise Ungleichheitsmaße, wie dem **Gini-Koeffizienten** und den beiden Theil-Koeffizienten (Theil 0- und Theil 1-Koeffizient). Diese Ungleichheitsmaße beziehen sich im Folgenden immer auf die nominalen äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen.

Der Gini-Koeffizient basiert auf dem Konzept der Lorenzkurve, die jedem Anteil von Einkommensbeziehern, die zuvor nach ihrer Einkommenshöhe geordnet wurden, den auf ihn entfallenden Anteil am Gesamteinkommen zuordnet. Der Gini-Koeffizient wird aus der Fläche zwischen der Lorenzkurve und der sich bei vollständiger Gleichverteilung ergebenden Geraden ermittelt und reagiert besonders sensitiv auf Veränderungen im mittleren Bereich der Verteilung. Er ist insofern nicht eindeutig, als er für unterschiedliche Verteilungen einen identischen Wert annehmen kann. Der Gini-Koeffizient ist auf Werte zwischen null und eins normiert, wobei null eine vollkommene Gleichverteilung der Einkommen bedeutet und eins die größtmögliche Ungleichverteilung anzeigt. Der Theil 0-Koeffizient berechnet sich aus der durchschnittlichen Abweichung der logarithmierten Einkommen vom logarithmierten Mittelwert und reagiert aufgrund seiner Konstruktion besonders sensitiv auf Veränderungen im unteren Einkommensbereich. Der Theil 1-Koeffizient gewichtet die logarithmierten Abweichungen zusätzlich mit dem Einkommensanteil und ist weniger sensitiv gegenüber Veränderungen im unteren Einkommensbereich. Beide Koeffizienten sind bei Gleichverteilung ebenfalls auf null normiert, allerdings sind sie nach oben nicht auf eins beschränkt. Zusätzlich zu den genannten Verteilungsmaßen werden verschiedene Dezilanteile und Dezilverhältnisse für die äquivalenzgewichteten Nettoeinkommen betrachtet. Das so genannte 90/10-Dezilverhältnis drückt beispielsweise aus, um welches Vielfache die Einkommensschwelle des neunten Dezils über der des ersten Dezils liegt. Die Einkommensschwelle des ersten (neunten) Dezils ist dabei als der kleinste Einkommenswert definiert, der von 10 vH (90 vH) der Bevölkerung nicht überschritten wird.

Ergebnisse der Analyse

Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung in Deutschland

587. Der Durchschnitt der realen⁴⁾ **äquivalenzgewichteten Markteinkommen der Haushalte** hat sich im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 für das gesamte Bundesgebiet nahezu nicht verändert (Tabelle 51). Während in den neuen Bundesländern in diesem Zeitraum ein Rückgang der Markteinkommen um insgesamt 5,8 vH zu beobachten war, stiegen diese im früheren Bundesgebiet leicht um insgesamt 0,3 vH. Im Jahr 2004 lag das durchschnittliche Markteinkommen der Haushalte in Westdeutschland dabei um rund 46 vH über dem durchschnittlichen Niveau in Ostdeutschland. Im Zeitraum der Jahre 2002 bis 2004 gingen die realen äquivalenzgewichteten Markteinkommen der Haushalte jedoch in beiden Gebietsständen deutlich um etwa 6 vH zurück. In diesen Zahlen spiegeln sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum und insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

⁴⁾ Deflationiert mit dem jeweiligen Verbraucherpreisindex (2000 = 100).

Tabelle 51

Einkommensverteilung auf Basis des SOEP¹⁾

Jahr	Markteinkommen			Nettoeinkommen		
	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer	Deutschland
Gini-Koeffizient						
1991	0,413	0,374	0,426	0,262	0,204	0,273
1994	0,443	0,441	0,447	0,284	0,222	0,278
1997 ²⁾	0,448	0,467	0,455	0,270	0,216	0,264
2000 ³⁾	0,452	0,483	0,461	0,274	0,219	0,268
2002 ⁴⁾	0,461	0,522	0,475	0,287	0,240	0,283
2004 ⁴⁾	0,476	0,536	0,489	0,294	0,250	0,291
Theil 0-Koeffizient						
1991	0,770	0,659	0,772	0,130	0,070	0,135
1994	0,818	0,916	0,846	0,157	0,090	0,147
1997 ²⁾	0,875	1,007	0,908	0,136	0,089	0,129
2000 ³⁾	0,858	1,088	0,909	0,139	0,083	0,131
2002 ⁴⁾	0,880	1,297	0,964	0,146	0,104	0,142
2004 ⁴⁾	0,898	1,334	0,986	0,156	0,109	0,150
Theil 1-Koeffizient						
1991	0,318	0,260	0,332	0,122	0,069	0,130
1994	0,361	0,355	0,368	0,146	0,087	0,140
1997 ²⁾	0,366	0,397	0,377	0,127	0,082	0,122
2000 ³⁾	0,369	0,421	0,385	0,132	0,081	0,127
2002 ⁴⁾	0,376	0,490	0,399	0,141	0,099	0,138
2004 ⁴⁾	0,397	0,508	0,420	0,148	0,105	0,144
Nachrichtlich: Durchschnittliches äquivalenzgewichtetes Einkommen pro Jahr (real) ⁵⁾						
1991	20 351	13 516	19 010	17 809	13 126	16 891
1994	20 097	14 627	19 005	17 303	14 245	16 721
1997 ²⁾	20 070	14 568	19 028	17 499	14 681	16 972
2000 ³⁾	21 123	14 793	19 961	18 795	15 603	18 209
2002 ⁴⁾	21 342	14 730	20 151	19 298	15 839	18 675
2004 ⁴⁾	20 150	13 777	19 009	18 671	15 250	18 058
Fallzahlen						
1991	12 429	5 401	17 830	12 429	5 401	17 830
1994	11 853	4 858	16 711	11 853	4 858	16 711
1997 ²⁾	12 309	4 512	16 821	12 309	4 512	16 821
2000 ³⁾	22 385	6 759	29 144	22 385	6 759	29 144
2002 ⁴⁾	20 326	6 287	26 613	20 326	6 287	26 613
2004 ⁴⁾	18 859	5 919	24 778	18 859	5 919	24 778

1) Äquivalenzgewichtet mit der modifizierten OECD-Skala. - 2) Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe D. - 3) Mit Berücksichtigung der Ergänzungsstichprobe E. - 4) Mit Berücksichtigung der Auffrischungsstichprobe F. - 5) Durchschnittliches nominales äquivalenzgewichtetes Einkommen pro Jahr deflationiert mit dem jeweiligen Verbraucherpreisindex.

Quelle: SOEP nach Berechnungen des DIW

588. Im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 zeigt sich für das gesamte Bundesgebiet, gemessen am Gini-Koeffizienten (Anstieg um rund 4 Prozentpunkte) und den beiden Theil-Koeffizienten, eine

merkliche Zunahme der Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen. Dabei stieg die Konzentration der Markteinkommen in den neuen Bundesländern, wohl nicht zuletzt als Folge des Transformationsprozesses, deutlich stärker als im früheren Bundesgebiet. So erhöhte sich beispielsweise der Gini-Koeffizient für Westdeutschland im genannten Zeitraum (von einem nahezu gleichen Ausgangsniveau wie in Ostdeutschland) um etwa 3 Prozentpunkte, während er für Ostdeutschland um rund 10 Prozentpunkte zunahm. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in beiden Gebietsständen im genannten Zeitraum, der in den neuen Bundesländern relativ höher ausfiel als im früheren Bundesgebiet. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit trifft hierbei die einkommensschwächeren Haushalte deutlich härter als die einkommensstärkeren und führt so zu einer entsprechenden Zunahme der Ungleichverteilung der Markteinkommen.

589. Der Durchschnitt der realen **äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen** ist im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 moderat um insgesamt 8,0 vH gestiegen; dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 0,8 vH. Die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen unterscheidet sich dabei für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Bundesländer nur geringfügig. Das durchschnittliche reale Nettoeinkommen der Haushalte in Ostdeutschland liegt im Jahr 2004, wie im Jahr 1994, rund 18 vH unter dem entsprechenden Niveau in Westdeutschland.

Für den Zeitraum der Jahre 2002 bis 2004 lässt sich für die durchschnittlichen realen Haushaltsnettoeinkommen (wie für die entsprechenden Markteinkommen) jedoch ein Rückgang beobachten. Diese sinken in diesem Zeitraum dabei in allen Dezilen der Einkommensverteilung. Für die ersten beiden Dezile ist dieser Rückgang mit jeweils über 7 vH besonders ausgeprägt, während er für die Dezile neun und zehn jeweils nur rund 2 vH beträgt. Diese Entwicklung ist unter anderem Ausdruck der konjunkturellen Situation in Deutschland in den Jahren 2002 und 2003 und den daraus verzögert resultierenden Arbeitsmarkteffekten.

590. Eine Unterscheidung nach Haushaltstypen in Selbständigenhaushalte und Arbeitnehmerhaushalte zeigt Folgendes:⁵⁾ Der Durchschnitt der realen äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen liegt für **Selbständigenhaushalte** im Jahr 2004 um rund 43 vH über dem entsprechenden Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte. Im Zeitraum der Jahre 1991 bis 2004 ist das Nettoeinkommen der Selbständigenhaushalte um etwa 13 vH gestiegen, während die Zunahme des Nettoeinkommens für die Arbeitnehmerhaushalte in diesem Zeitraum mit rund 7 vH deutlich geringer ausfiel. Für den Zeitraum der Jahre 2002 bis 2004 lässt sich in diesem Zusammenhang jedoch ein sehr starker Rückgang des Nettoeinkommens der Selbständigenhaushalte beobachten (um etwa 12 vH), während sich das Nettoeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte nur geringfügig reduziert (um rund 1 vH). Diese Entwicklung könnte auf die geänderte Struktur der Gruppe der Selbständigen zurückgeführt werden (Ziffern 354 ff.).

591. Ein zeitpunktbezogener Vergleich der Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen mit der Konzentration für die Haushaltseinkommen lässt erkennen, dass staatliche Umverteilungs-

⁵⁾ Arbeitnehmerhaushalte sind definiert als Haushalte mit einem abhängig erwerbstätigen Haushaltsvorstand und Selbständigenhaushalte als Haushalte mit einem selbständigen Haushaltsvorstand.

aktivitäten die Ungleichverteilung der Einkommen stark vermindern. Im Jahr 2004 ging beispielsweise der Gini-Koeffizient für das gesamte Bundesgebiet beim Übergang vom Markteinkommen zum Nettoeinkommen um rund 20 Prozentpunkte zurück.

Im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 zeigt sich in Deutschland, gemessen am Gini-Koeffizienten (Anstieg um 1,3 Prozentpunkte) und den beiden Theil-Koeffizienten, eine insgesamt **leichte Zunahme der Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen**. Die betrachteten Ungleichheitsmaße gehen dabei für den Zeitraum der Jahre 1994 bis 2000 leicht zurück, so dass die Zunahme der Konzentration ausschließlich auf Veränderungen in der Einkommensverteilung in den Jahren 2000 bis 2004 beruht. Insgesamt fällt der Anstieg der Konzentration der Nettoeinkommen deutlich geringer aus als der entsprechende Anstieg für die Markteinkommen, was ebenfalls durch Wirkungen des Steuer- und Transfersystems erklärt werden kann. Im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2004 zeigt sich die schwache wirtschaftliche Entwicklung jedoch auch in einer gestiegenen Ungleichverteilung der Nettoeinkommen; so werden die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die damit einhergehende Zunahme der Ungleichverteilung der Markteinkommen in diesem Zeitraum nicht vollständig durch das staatliche Umverteilungssystem korrigiert.

Die zeitliche Entwicklung der Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen unterscheidet sich dabei, wie die der Markteinkommen der Haushalte, für das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer deutlich: Die Zunahme der Konzentration der Nettoeinkommen ist in Ostdeutschland im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 wesentlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland; so steigt der Gini-Koeffizient für das Gebiet der neuen Bundesländer um 2,8 Prozentpunkte, im früheren Bundesgebiet dagegen nur um 1,0 Prozentpunkte. Die beiden Theil-Koeffizienten nehmen in diesem Zeitraum für Ostdeutschland um 1,9 Einheiten beziehungsweise um 1,8 Einheiten zu, während sie für Westdeutschland nahezu unverändert bleiben. Die Konzentration der Nettoeinkommen in Ostdeutschland nähert sich somit der in Westdeutschland an, liegt am aktuellen Rand mit einem Gini-Koeffizienten von 0,25 aber immer noch deutlich unter der in Westdeutschland mit einem Gini-Koeffizienten von rund 0,29.

592. Die Interpretation der zeitlichen Entwicklung der personellen Einkommensverteilung für das gesamte Bundesgebiet erfordert die Berücksichtigung zweier gegenläufiger Effekte. Seit Beginn der neunziger Jahre nimmt die Konzentration in beiden Gebietsständen deutlich zu, was für sich genommen zu dem Schluss verleiten könnte, dass die Konzentration im gesamten Bundesgebiet entsprechend steigen würde. Bei einer gesamtdeutschen Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die durchschnittlichen Einkommen in den neuen Bundesländern denen im früheren Bundesgebiet angenähert haben, was für sich genommen die Ungleichverteilung der Einkommen verringert hat.

593. Die Veränderungen der Disparitäten des Haushaltsnettoeinkommens in Deutschland spielen sich vorwiegend an den Rändern der Verteilung ab; so ist im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 ein Anstieg des 90/10-Dezilverhältnisses um 13,7 vH zu beobachten (Tabelle 52, Seite 436). Dieser setzt sich zusammen aus einem Anstieg des 50/10-Dezilverhältnisses von 9,0 vH und einem Anstieg des 90/50-Dezilverhältnisses von 4,4 vH. Im gesamten Bundesgebiet ist somit der sich verringere Einkommensanteil der einkommensschwächsten Haushalte die Hauptursache der (leicht)

zunehmenden Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen. Für den Zeitraum der Jahre 1999 bis 2004 zeigt die Betrachtung der Dezilanteile für die Nettoeinkommen, dass sich der Einkommensanteil der einkommensschwächsten 20 vH der Haushalte in Deutschland um 1,1 Prozentpunkte auf 8,1 vH verringert hat, während der Einkommensanteil der einkommensstärksten 20 vH der Haushalte gleichzeitig um 1,1 Prozentpunkte auf 37,3 vH gestiegen ist. Hierzu passt die Entwicklung der durchschnittlichen realen Nettoeinkommen in den zwei unteren und den zwei oberen Dezilen in diesem Zeitraum: Der Mittelwert des ersten Dezils sinkt um rund 14 vH (in Ostdeutschland sogar um 21 vH) und der des zweiten Dezils um rund 12 vH; dagegen steigen die Mittelwerte im 9. Dezil und im 10. Dezil um jeweils etwa 2 vH.

Tabelle 52

Dezilanteile sowie Dezil- und Quartilverhältnisse für die äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen auf Basis des SOEP

	Früheres Bundesgebiet				Neue Bundesländer				Deutschland			
	1994	1999 ¹⁾	2002 ²⁾	2004 ²⁾	1994	1999 ¹⁾	2002 ²⁾	2004 ²⁾	1994	1999 ¹⁾	2002 ²⁾	2004 ²⁾
Dezilanteile (vH) ³⁾												
1. Dezil	3,0	3,3	3,1	3,0	4,3	4,6	3,8	3,7	3,2	3,5	3,2	3,1
2. Dezil	5,4	5,6	5,1	4,9	6,2	6,3	5,9	5,6	5,5	5,7	5,3	5,0
3. Dezil	6,5	6,6	6,4	6,2	7,2	7,4	7,1	6,8	6,6	6,8	6,4	6,2
4. Dezil	7,5	7,5	7,4	7,4	8,1	8,2	8,0	7,9	7,5	7,6	7,4	7,4
5. Dezil	8,5	8,4	8,4	8,4	9,0	9,0	8,8	8,8	8,5	8,4	8,4	8,4
6. Dezil	9,4	9,4	9,5	9,5	9,8	9,8	9,7	9,8	9,4	9,4	9,5	9,5
7. Dezil	10,7	10,6	10,8	10,8	10,7	10,5	10,8	10,9	10,7	10,5	10,7	10,7
8. Dezil	12,1	12,2	12,4	12,5	11,9	11,9	12,1	12,3	12,1	12,0	12,3	12,4
9. Dezil	14,6	14,6	14,7	15,1	13,7	13,4	14,0	14,3	14,4	14,5	14,6	14,9
10. Dezil	22,3	21,8	22,3	22,4	19,1	18,9	19,8	20,1	22,4	21,7	22,2	22,4
Dezil- und Quartilverhältnisse ⁴⁾												
90/10	3,56	3,55	3,72	4,00	2,67	2,77	2,92	3,13	3,44	3,43	3,65	3,91
90/50	1,82	1,84	1,83	1,90	1,57	1,62	1,66	1,70	1,82	1,84	1,84	1,90
50/10	1,95	1,92	2,03	2,11	1,70	1,71	1,76	1,84	1,89	1,87	1,98	2,06
75/25	1,85	1,83	1,94	2,02	1,64	1,58	1,69	1,79	1,83	1,82	1,91	1,98
75/50	1,34	1,37	1,38	1,40	1,26	1,24	1,31	1,31	1,35	1,35	1,38	1,38
50/25	1,38	1,33	1,40	1,45	1,30	1,27	1,29	1,36	1,35	1,35	1,38	1,43

1) Mit Berücksichtigung der Ergänzungsstichprobe D. - 2) Mit Berücksichtigung der Auffrischungsstichprobe F. - 3) Anteil des auf die Haushalte des jeweiligen Dezils entfallenden äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens an der Summe über alle Dezile. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - 4) Die Dezil- und Quartilverhältnisse geben die Relation von der höheren zur niedrigeren Einkommensschwelle an.

Quelle: SOEP nach Berechnungen des DIW

Sowohl für Ostdeutschland als auch für Westdeutschland ist ein spürbarer Anstieg des 90/10-Dezilverhältnisses im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 zu beobachten. Dieser fällt in Ostdeutschland mit 17,2 vH markanter aus als in Westdeutschland mit 12,4 vH. Dabei setzt sich der Anstieg des 90/10-Dezilverhältnisses in den neuen Bundesländern aus einem in etwa gleich starken Anstieg des 90/50-Dezilverhältnisses und des 50/10-Dezilverhältnisses zusammen, während der Anstieg des 50/10-Dezilverhältnisses im früheren Bundesgebiet im Gegensatz dazu in etwa doppelt so hoch ausfällt wie der des 90/50-Dezilverhältnisses. Die stärkere Zunahme der Konzentration der Einkommen in Ostdeutschland beruht damit vor allem auf einem (im Vergleich zu Westdeutschland) stärker steigenden Einkommensanteil der einkommensstärksten Haushalte. Hierzu passt die

Beobachtung, dass sich der Einkommensanteil der einkommensschwächsten 20 vH der Bevölkerung im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2004 in Westdeutschland und in Ostdeutschland deutlich verringert (um 1,0 Prozentpunkte beziehungsweise um 1,6 Prozentpunkte), während sich der Einkommensanteil der einkommensstärksten 20 vH der Haushalte in Westdeutschland in diesem Zeitraum um 1,1 Prozentpunkte, in Ostdeutschland dagegen um 2,1 Prozentpunkte erhöht.

Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Situation

594. Im Zusammenhang mit Veränderungen der Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung wird häufig argumentiert, dass die Entwicklung der Konzentration der Einkommen im Zeitablauf teilweise konjunkturbedingt sei: Ein konjunktureller Abschwung würde besonders die einkommensschwachen Haushalte treffen und so zu einer steigenden Ungleichverteilung der Einkommen führen. Im konjunkturellen Aufschwung würden diese Haushalte umgekehrt aber besonders profitieren, so dass die Ungleichverteilung entsprechend sinken würde. Gegen diese Argumentation könnte eingewendet werden, dass in den letzten dreißig Jahren in Deutschland die Zunahme der Arbeitslosigkeit in konjunkturellen Abschwungphasen deutlich kräftiger ausfiel als der Rückgang der Arbeitslosigkeit in vergleichbaren Aufschwungphasen.

Eine eigene Untersuchung für den Zeitraum der Jahre 1983 bis 2004 zeigt für das gesamte Bundesgebiet einen signifikant positiven **Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosenquote und dem Gini-Koeffizienten** für die Markteinkommen der Haushalte; so führt ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt zu einer Erhöhung des Gini-Koeffizienten für die Markteinkommen der Haushalte um 0,7 Prozentpunkte.⁶⁾ Bei Betrachtung des früheren Bundesgebiets ändert sich dieses Ergebnis nur unwesentlich: Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt führt in diesem Fall zu einer um 0,8 Prozentpunkte signifikant höheren Konzentration der Haushaltsmarkteinkommen. Für die Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen ist ein entsprechender signifikanter Zusammenhang weder für das gesamte Bundesgebiet noch für Westdeutschland nachweisbar. Ein signifikanter Einfluss der Konjunktur, gemessen anhand der Veränderung der relativen Output-Lücke, auf die Konzentration der Markteinkommen beziehungsweise die Nettoeinkommen der Haushalte ist weder für das gesamte Bundesgebiet noch für das frühere Bundesgebiet zu erkennen.

Entwicklung der relativen Einkommensarmut

595. Im Zusammenhang mit dem Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Ungleichverteilung der Einkommen ist von besonderem Interesse, welchen Einfluss die gestiegene registrierte Arbeitslosigkeit auf die Entwicklung der **relativen Einkommensarmut** in Deutschland ausübt. Dies gilt nicht erst seit der im Herbst dieses Jahres geführten Armutsdiskussion in Deutschland, wie unter anderem der inzwischen zweite Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem

⁶⁾ Alle hier genannten Ergebnisse beruhen auf einer Kleinste-Quadrate-Schätzung des jeweiligen Gini-Koeffizienten, wobei als exogene Variablen die jeweilige Arbeitslosenquote, die Veränderung der relativen Output-Lücke und ein linearer Zeittrend in das Regressionsmodell eingehen. Für den Zeitraum der Jahre 1983 bis 1990 werden die genannten Variablen für das gesamte Bundesgebiet mit den Größen für Westdeutschland rückverkettet. Bei der Betrachtung Westdeutschlands geht für den Zeitraum der Jahre 1991 bis 2004 die relative Output-Lücke für Gesamtdeutschland ein, da eine relative Output-Lücke nur für Westdeutschland nicht vorliegt.

Jahr 2005 zeigt. Dieser kommt zu dem Ergebnis, dass „Arbeitslosigkeit die Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist“ (Bundesregierung, 2005).

In der vorliegenden Analyse wird der Teil der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 60 vH des Medians der äquivalenzgewichteten jährlichen Haushaltsnettoeinkommen (auf der Basis des gesamten Bundesgebiets) als einkommensarm bezeichnet. Die Armutsquote gibt dann den Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung an, die mit einem Einkommen unterhalb der Armuts-grenze von 60 vH des Medianeinkommens leben. Die Einkommensarmutsgrenze orientiert sich dabei an einem bestimmten Abstand zum „mittleren Lebensstandard“. Diese Definition von Armut setzt somit an der individuellen Position der Personen innerhalb der Einkommenshierarchie und nicht am absoluten Einkommen an. Dieses übliche Vorgehen kann insofern als problematisch angesehen werden, als bei einer beispielsweise Verdopplung aller Einkommen die Armutsquote unverändert bleibt.

Eine Betrachtung der relativen Einkommensarmut über die Zeit zeigt, dass sich im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 für das gesamte Bundesgebiet ein deutlicher Anstieg der Armutsquote um 3,5 Prozentpunkte auf 17,3 vH erkennen lässt (Schaubild 85). Die Zunahme der Armutsquote fällt im genannten Zeitraum in den neuen Bundesländern mit 6,0 Prozentpunkten auf 21,3 vH deutlich stärker aus als im früheren Bundesgebiet mit 3,1 Prozentpunkten auf 16,5 vH. Im Jahr 2004 lebt somit in Westdeutschland etwa jeder Sechste unterhalb der Armutsschwelle, in Ostdeutschland dagegen mehr als jeder Fünfte. Dieses Ergebnis deckt sich mit der im Zeitverlauf gestiegenen Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen und insbesondere der Entwicklung am unteren Rand der Verteilung; so hat sich beispielsweise der Einkommensanteil der einkommensschwächsten 20 vH der Bevölkerung insbesondere seit dem Jahr 1999 merklich verringert und dies in Ostdeutschland noch stärker als in Westdeutschland.

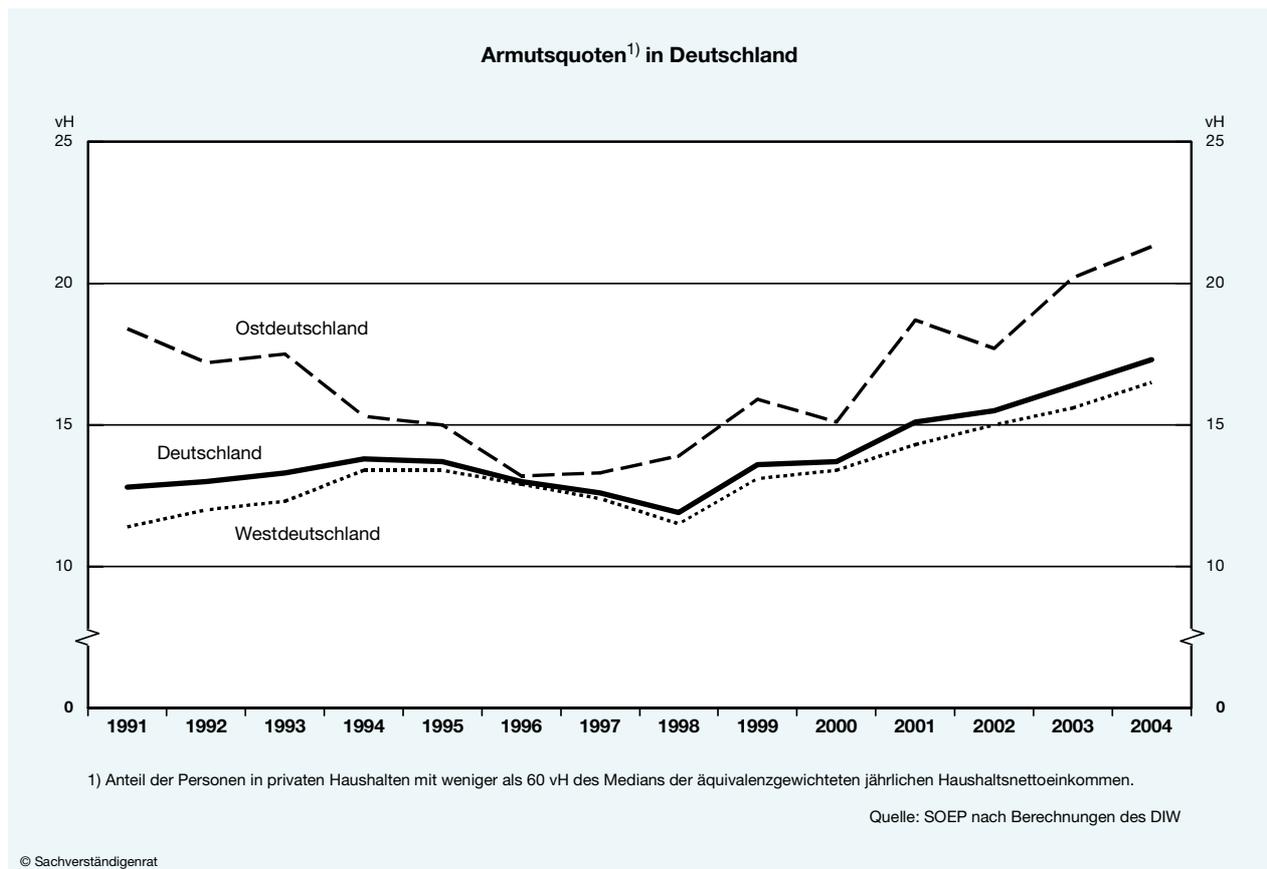
596. Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, stellt die gestiegene Arbeitslosigkeit die Hauptursache für zunehmende Armutsquoten in Deutschland dar (Frick und Grabka, 2005). Zur Ableitung dieses Ergebnisses wird zunächst ein Index für die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext bestimmt, der auch die Dauer der Arbeitslosigkeit der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder berücksichtigt.⁷⁾ Im Jahr 2004 nimmt dieser Index für die neuen Bundesländer einen Wert von über 20 vH an, während er für das frühere Bundesgebiet bei knapp 9 vH liegt. In der Analyse wird dann gezeigt, dass ein ausgeprägt positiver Zusammenhang zwischen der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, gemessen mittels des genannten Arbeitslosigkeitsindex, und der relativen Einkommensarmut besteht, was die unterschiedlich hohe relative Einkommensarmut in Ostdeutschland und Westdeutschland erklärt.

Einkommenszusammensetzung in Deutschland

597. Im Folgenden soll durch eine **Dekomposition der Haushaltsnettoeinkommen** nach verschiedenen Einkunftsarten versucht werden, auf einer disaggregierten Ebene Erklärungsansätze für die Entwicklung der Nettoeinkommensverteilung in Deutschland zu liefern.

⁷⁾ Der Index ist definiert als der Anteil der in einem Jahr in Arbeitslosigkeit verbrachten Monate aller erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder an allen potentiellen Erwerbsmonaten; er nimmt somit Werte zwischen null und eins an.

Schaubild 85



Die Dekomposition der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nach den verschiedenen Einkunftsarten (selbständige und abhängige Erwerbstätigkeit, Mietwert selbst genutzten Wohneigentums, Kapitaleinkünfte, private und staatliche Transfers, private Renten und Sozialversicherungsrenten) zeigt, dass die Haushalte im Jahr 2004 in Deutschland 70 vH ihres verfügbaren Einkommens aus einer Erwerbstätigkeit generierten; im Jahr 1994 hatte dieser Anteil noch rund 76 vH betragen⁸⁾ (Tabelle 53, Seite 440). Dabei ist der Anteil des Nettoeinkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 kontinuierlich um insgesamt rund 8 Prozentpunkte zurückgegangen. In den neuen Bundesländern fiel dieser Rückgang mit rund 12 Prozentpunkten auf nur noch rund 57 vH im Jahr 2004 noch deutlicher aus als im früheren Bundesgebiet mit etwa 7 Prozentpunkten. In dieser Entwicklung spiegelt sich unter anderem der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004. Im Gegenzug hat die Einkommenserzielung aus selbständiger Erwerbstätigkeit im Zeitraum der letzten zehn Jahre an Bedeutung gewonnen, der Anteil am Haushaltsnettoeinkommen stieg für diese Einkunftsart um etwa 2 Prozentpunkte; die Entwicklung in Westdeutschland unterscheidet sich in diesem Fall kaum von der in Ostdeutschland.

⁸⁾ Bei den in diesem Abschnitt angegebenen Einkommensanteilen für die verschiedenen Einkunftsarten ist zu berücksichtigen, dass sich diese Anteile auf die äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen und damit auf gewichtete Pro-Kopf-Einkommen beziehen. Die entsprechenden Anteile für nicht äquivalenzgewichtete Einkommen werden in der Regel hiervon abweichen, insbesondere dann, wenn sich unterschiedliche Haushaltstypen (wie beispielsweise Erwerbstätigenhaushalte und Rentnerhaushalte) in ihrer Struktur beziehungsweise ihrer Größe stark unterscheiden.

Tabelle 53

Zusammensetzung des Haushaltsnettoeinkommens in Deutschland¹⁾

Anteile in vH

Jahr	Abhängige Erwerbstätigkeit	Selbständige Erwerbstätigkeit	Mietwert selbst genutzten Wohneigentums	Kapitaleinkünfte	Private Transfers	Private Renten ²⁾	Staatliche Transfers	Sozialversicherungsrenten
Deutschland								
1991	70,9	7,6	2,0	3,3	0,3	0,9	3,7	11,2
1992	70,3	7,7	2,3	3,3	0,4	1,0	3,9	11,2
1993	69,1	7,6	2,4	3,7	0,4	0,9	4,2	11,7
1994³⁾	68,8	6,8	2,5	4,0	0,5	1,0	4,1	12,4
1995	68,3	7,5	2,5	3,7	0,4	0,9	4,5	12,2
1996	65,9	7,7	2,7	3,8	0,5	1,0	5,7	12,8
1997 ⁴⁾	65,3	7,6	3,1	3,7	0,4	0,9	6,0	13,0
1998	64,2	8,2	3,2	4,0	0,4	0,9	5,8	13,3
1999⁵⁾	64,3	8,4	3,2	4,0	0,5	1,0	5,7	13,0
2000	62,8	9,2	3,3	3,7	0,5	1,1	6,0	13,4
2001 ⁶⁾	62,5	8,9	3,3	4,1	0,5	1,3	6,1	13,4
2002 ⁶⁾	61,2	9,7	3,5	3,9	0,5	1,3	6,5	13,5
2003 ⁶⁾	60,5	9,5	3,5	4,0	0,5	1,4	6,7	14,0
2004⁶⁾	61,2	8,8	3,4	3,8	0,6	1,3	6,9	14,0
Früheres Bundesgebiet								
1991	70,4	8,1	2,2	3,6	0,4	0,9	3,1	11,4
1992	70,3	7,9	2,4	3,6	0,4	1,0	3,0	11,3
1993	69,2	7,9	2,5	4,0	0,5	1,0	3,3	11,7
1994³⁾	68,8	7,0	2,5	4,4	0,5	1,1	3,3	12,3
1995	68,6	7,8	2,6	4,0	0,4	1,0	3,7	11,9
1996	66,5	7,7	2,7	4,1	0,5	1,1	5,0	12,4
1997 ⁴⁾	66,0	7,6	3,1	4,0	0,4	1,1	5,3	12,5
1998	65,0	8,2	3,3	4,4	0,4	1,0	5,0	12,7
1999⁵⁾	65,1	8,5	3,3	4,3	0,5	1,2	4,9	12,3
2000	63,3	9,4	3,4	4,0	0,5	1,2	5,3	12,8
2001 ⁶⁾	63,0	9,1	3,4	4,5	0,5	1,4	5,4	12,7
2002 ⁶⁾	61,7	10,0	3,6	4,2	0,5	1,4	5,7	12,9
2003 ⁶⁾	61,2	9,6	3,7	4,3	0,5	1,5	6,0	13,2
2004⁶⁾	61,8	9,0	3,6	4,0	0,6	1,4	6,3	13,2
Neue Bundesländer								
1991	74,5	4,4	1,0	1,5	0,1	0,5	7,6	10,4
1992	70,7	6,0	1,5	1,4	0,2	0,4	9,1	10,6
1993	68,8	6,0	1,7	2,0	0,1	0,4	9,4	11,7
1994³⁾	68,7	5,7	2,2	2,0	0,3	0,3	7,9	12,8
1995	66,4	6,1	2,3	1,8	0,3	0,3	8,8	14,0
1996	62,7	7,8	2,2	2,0	0,3	0,3	9,8	14,8
1997 ⁴⁾	61,4	7,8	2,8	2,0	0,3	0,2	9,8	15,8
1998	59,5	8,1	2,8	1,9	0,5	0,5	9,8	16,8
1999⁵⁾	59,7	7,7	2,4	2,5	0,5	0,2	9,9	17,2
2000	59,8	7,7	2,8	2,1	0,5	0,3	10,0	16,8
2001 ⁶⁾	59,7	7,6	2,6	2,1	0,5	0,6	9,8	17,1
2002 ⁶⁾	58,1	8,1	2,7	2,1	0,4	0,5	10,7	17,4
2003 ⁶⁾	56,4	8,8	2,4	2,3	0,5	0,4	10,8	18,5
2004⁶⁾	57,1	7,9	2,5	2,3	0,6	0,5	10,6	18,6

1) Äquivalenzgewichtet mit der modifizierten OECD-Skala. - 2) Hierin enthalten sind neben Renten aus privaten Rentenversicherungen auch Betriebsrenten, Beamtenpensionen und die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sowie private Kapitallebensversicherungen, die auf Rentenbasis (monatlich) ausgezahlt werden. - 3) Ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe D. - 4) Ohne Berücksichtigung der Ergänzungsstichprobe E. - 5) Ohne Berücksichtigung der Stichprobe F. - 6) Ohne Berücksichtigung der Stichprobe G.

Quelle: SOEP nach Berechnungen des DIW

Nach der abhängigen Erwerbstätigkeit stellen die Sozialversicherungsrenten mit einem Anteil von etwa 14 vH im Jahr 2004 den zweitwichtigsten Posten für die Einkommenserzielung der privaten Haushalte dar. Hier war im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 insbesondere in den neuen Bundesländern als Folge der in diesem Gebietsstand im betrachteten Zeitraum deutlich höheren Rentenanpassungen ein kontinuierlicher Anstieg des Einkommensanteils dieser Einkunftsart zu verzeichnen. Relativ am stärksten gestiegen ist mit etwa 3 Prozentpunkten der Anteil der staatlichen Transfers am verfügbaren Haushaltseinkommen. Im früheren Bundesgebiet fiel dieser Anstieg mit etwa 3 Prozentpunkten (dies entspricht einem Zuwachs von 91 vH) relativ stärker aus als in den neuen Bundesländern mit ebenfalls rund 3 Prozentpunkten (dies entspricht einem Zuwachs von 34 vH); der Anteil der staatlichen Transfers am Nettoeinkommen liegt in Westdeutschland am aktuellen Rand aber weiterhin deutlich unter dem Ostdeutschlands.

Der Anteil des Nettoeinkommens aus dem Mietwert selbst genutzten Wohneigentums, in dem sich letztlich vor allem das allgemeine Mietniveau widerspiegelt, hat sich lediglich in Westdeutschland erhöht. In den neuen Bundesländern ist dieser Anteil im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 dagegen nahezu unverändert. Die gestiegene Bedeutung dieser Einkunftsart im früheren Bundesgebiet könnte dabei aus einem dort steigenden Mietniveau in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre resultieren. Für den Anteil der sich aus Zinsen und Dividenden sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zusammensetzenden Kapitaleinkünfte am Haushaltsnettoeinkommen zeigt sich im gesamten Bundesgebiet im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 kein eindeutiger Trend. Dies gilt auch für beide Gebietsstände, wobei in Westdeutschland ein leichter Rückgang, in Ostdeutschland dagegen ein schwacher Anstieg dieses Anteils zu beobachten war. Der Grund hierfür könnte in einer gegenläufigen Entwicklung der einzelnen Komponenten der Kapitaleinkünfte in diesem Zeitraum liegen: Während die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung im Betrachtungszeitraum leicht gestiegen sind, dürften sich die Zinseinkünfte eher negativ entwickelt haben; am Aktienmarkt zeigt sich nach den Boomjahren 1997 bis 2000 ebenfalls ein spürbarer Rückgang. Das Einkommen aus dem Mietwert selbst genutzten Wohneigentums, Kapitaleinkünften, privaten Transfers und privaten Renten trägt allerdings insgesamt zu weniger als 10 vH zum Nettoeinkommen der Haushalte in Deutschland bei.

598. Die Dekomposition der Haushaltsnettoeinkommen wurde in einem ersten Schritt für die Gesamtheit aller Haushalte vorgenommen. Hierbei bleibt zunächst offen, inwieweit beispielsweise die Abnahme des Einkommensanteils aus abhängiger Erwerbstätigkeit alle Haushalte betrifft oder möglicherweise nur die Haushalte am unteren Rand der Einkommensverteilung. Des Weiteren kann zum Beispiel aufgrund eines im Zeitverlauf insgesamt unveränderten Einkommensanteils aus Kapitaleinkünften noch nicht geschlossen werden, dass diese Entwicklung auch für die einkommensstärksten Haushalte gilt. Im Folgenden sollen Fragen dieser Art geklärt werden, indem die **Zusammensetzung der Haushaltsnettoeinkommen getrennt für die zehn Dezile** der Einkommensverteilung untersucht wird. Im Rahmen dieses Vorgehens wird dann auch zwischen den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet differenziert.

599. Der aus abhängiger Erwerbstätigkeit erzielte Anteil des Haushaltsnettoeinkommens hat sich im Zeitraum der Jahre 1994 bis 2004 für alle Dezile der Einkommensverteilung in Deutschland spürbar verringert (Tabelle 54, Seite 443 und Schaubild 86, Seite 444). Hierzu passt die Entwick-

lung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in diesem Zeitraum, die im Jahresdurchschnitt von rund 28,34 Millionen Personen im Jahr 1994 auf rund 26,56 Millionen Personen im Jahr 2004 gesunken ist. Besonders ausgeprägt war der Rückgang dieses Einkommensanteils in den ersten drei Dezilen. Aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit ist für diese 30 vH der einkommensschwächsten Haushalte im Gegenzug der Anteil des Einkommens aus staatlichen Transfers kräftig gestiegen. Zusätzlich hat sich für diese Haushalte der Einkommensanteil aus privaten Transfers leicht erhöht, während die Bedeutung der übrigen Einkunftsarten für die Einkommenserzielung nahezu unverändert geblieben ist.

Die 20 vH der einkommensstärksten Haushalte erzielen dagegen einen größeren Teil ihres Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit und aus einem gestiegenen Einkommensanteil des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums. Nach einem leichten Anstieg im Zeitraum der Jahre 1994 bis 1999 ist der Anteil der Kapitaleinkünfte am Nettoeinkommen der Haushalte im zehnten Dezil im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2004 rückläufig. Hier wirken sich einerseits der Kursrückgang am Aktienmarkt nach den Boomjahren 1997 bis 2000 und andererseits ein seit Beginn dieses Jahrzehnts stagnierendes Mietniveau in Deutschland aus. Der Mietwert selbst genutzten Wohneigentums ist insgesamt für die Einkommenserzielung der Haushalte in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung bedeutsamer geworden; der Anstieg des Einkommensanteils dieser Einkunftsart erfolgte hauptsächlich im Zeitraum der Jahre 1994 bis 1999 im Gleichlauf mit dem sich erhöhenden allgemeinen Mietniveau in Westdeutschland.

Im mittleren Bereich der Einkommensverteilung ist der Anteil des Einkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit insbesondere im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2004 deutlich gesunken und wird zu einem guten Teil durch den gestiegenen Anteil an Sozialversicherungsrenten kompensiert. Die Steuer- und Sozialabgabenlast ist für alle Bereiche der Einkommensverteilung im selben Zeitraum spürbar zurückgegangen. Grund hierfür ist die Steuerreform 2000 und die dort in mehreren Stufen angelegte Senkung des Einkommensteuertarifs.⁹⁾

600. Besonders auffällig in Ostdeutschland ist der sehr starke Rückgang des Einkommensanteils aus abhängiger Erwerbstätigkeit im ersten Dezil. Dieser betrug im Jahr 1994 in den neuen Bundesländern etwa 47 vH und war damit höher als im früheren Bundesgebiet mit rund 36 vH, was unter anderem durch einen höheren Einkommensanteil aus Sozialversicherungsrenten im ersten Dezil für das frühere Bundesgebiet erklärt werden kann. Bis zum Jahr 2004 sank dieser Anteil in Ostdeutschland auf etwa 19 vH, während er in Westdeutschland nahezu unverändert bei rund 34 vH blieb (Schaubild 87, Seite 445). Entsprechend stieg der Einkommensanteil aus staatlichen Transfers in Ostdeutschland im ersten Dezil von etwa einem Drittel im Jahr 1994 auf mehr als die Hälfte im Jahr 2004. Hierin spiegelt sich die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in diesem Zeitraum, die in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt von 6,37 Millionen Personen im Jahr 1994 auf 5,12 Millionen Personen im Jahr 2004 gesunken ist. In Westdeutschland war der Rückgang von 21,97 Millionen Personen im Jahr 1994 auf 21,45 Millionen Personen im Jahr 2004 dagegen deutlich geringer.

⁹⁾ Die zweite Stufe der Steuerreform 2000 wurde dabei wegen der Flutkatastrophe in Ostdeutschland vom Jahr 2003 ins Jahr 2004 verschoben und ein Teil der für das Jahr 2005 geplanten dritten Stufe wurde ein Jahr vorgezogen.

Tabelle 54

Zusammensetzung des Haushaltsnettoeinkommens nach Einkommensdezilen in Deutschland¹⁾

Anteile in vH

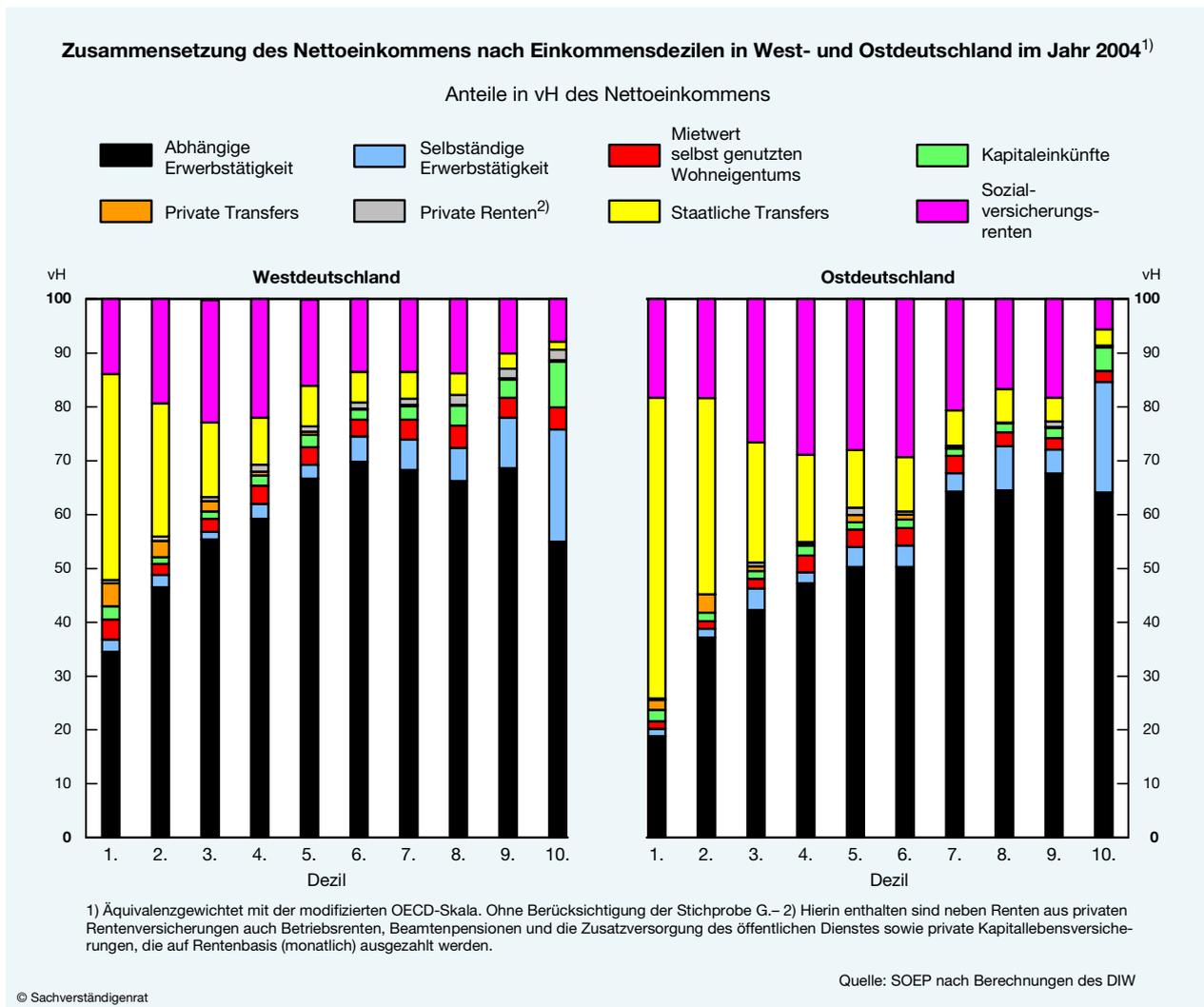
Jahr	Abhängige Erwerbstätigkeit	Selbständige Erwerbstätigkeit	Mietwert selbst genutzten Wohneigentums	Kapitaleinkünfte	Private Transfers	Private Renten ²⁾	Staatliche Transfers	Sozialversicherungsrenten
1994³⁾								
1. Dezil	38,4	2,5	3,3	2,4	3,2	0,8	30,9	18,4
2. Dezil	57,1	1,7	1,8	1,4	1,4	0,7	13,4	22,5
3. Dezil	63,8	2,4	2,1	1,7	0,7	0,5	7,2	21,5
4. Dezil	64,7	2,3	2,6	1,8	0,6	0,8	5,6	21,6
5. Dezil	70,2	3,4	2,6	1,6	0,4	1,0	4,7	16,1
6. Dezil	73,5	2,4	2,5	2,2	0,4	1,0	4,5	13,5
7. Dezil	73,9	5,8	2,4	2,4	0,3	0,7	3,1	11,4
8. Dezil	74,8	5,4	2,8	2,6	0,4	1,2	2,2	10,6
9. Dezil	77,2	5,8	2,6	3,7	0,1	1,0	1,5	8,2
10. Dezil	63,9	15,4	2,4	9,2	0,4	1,2	0,6	7,0
Insgesamt	68,8	6,8	2,5	4,0	0,5	1,0	4,1	12,4
1999⁴⁾								
1. Dezil	34,3	1,8	3,4	2,3	2,7	0,9	29,6	25,0
2. Dezil	52,2	1,8	2,3	1,7	1,7	0,7	15,3	24,2
3. Dezil	59,2	2,4	2,1	1,4	1,6	0,6	11,2	21,6
4. Dezil	64,9	2,7	2,9	1,8	0,6	0,4	8,3	18,4
5. Dezil	66,1	3,8	3,0	1,5	0,5	0,8	7,3	17,1
6. Dezil	72,7	2,3	3,6	1,8	0,1	0,9	6,0	12,6
7. Dezil	70,9	4,2	3,1	2,4	0,2	0,9	4,7	13,7
8. Dezil	72,4	5,0	3,1	3,2	0,1	1,0	3,1	12,0
9. Dezil	71,1	9,4	3,4	3,7	0,1	1,2	2,7	8,4
10. Dezil	55,6	20,9	3,6	9,4	0,3	1,6	1,5	7,2
Insgesamt	64,3	8,4	3,2	4,0	0,5	1,0	5,7	13,0
2004⁵⁾								
1. Dezil	30,8	2,1	3,3	2,5	4,0	0,4	42,0	14,8
2. Dezil	43,8	2,4	1,9	1,3	2,7	0,7	26,9	20,3
3. Dezil	53,2	1,7	2,3	1,4	1,9	0,8	15,2	23,5
4. Dezil	56,6	2,1	3,5	1,8	0,8	1,3	9,7	24,2
5. Dezil	63,2	3,6	3,0	2,0	0,7	0,9	8,5	18,1
6. Dezil	68,8	3,7	3,3	1,8	0,2	0,8	6,1	15,2
7. Dezil	66,5	6,1	3,2	2,5	0,3	1,0	4,8	15,7
8. Dezil	67,2	6,1	3,9	3,1	0,3	1,5	4,6	13,3
9. Dezil	68,8	9,3	3,4	3,3	0,1	1,4	3,0	10,7
10. Dezil	56,2	20,2	4,0	8,0	0,2	2,0	1,6	7,8
Insgesamt	61,2	8,8	3,4	3,8	0,6	1,3	6,9	14,0

1) Äquivalenzgewichtet mit der modifizierten OECD-Skala. - 2) Hierin enthalten sind neben Renten aus privaten Rentenversicherungen auch Betriebsrenten, Beamtenpensionen und die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sowie private Kapitallebensversicherungen, die auf Rentenbasis (monatlich) ausgezahlt werden. - 3) Ohne Berücksichtigung der Zuwanderer Stichprobe D. - 4) Ohne Berücksichtigung der Stichprobe F. - 5) Ohne Berücksichtigung der Stichprobe G.

Quelle: SOEP nach Berechnungen des DIW

Betrachtet man statt der Gesamtheit der Haushalte in Deutschland nur die Teilgruppe mit einem Haushaltsvorstand im erwerbsfähigen Alter, so verändern sich die Ergebnisse im Grundsatz nicht. Der Rückgang des Einkommensanteils aus abhängiger Erwerbstätigkeit ist aber für die 20 vH der einkommensschwächsten Haushalte stärker ausgeprägt und für die oberen zwei Drittel teilweise deutlich geringer als bei der Betrachtung aller Haushalte. Die Bedeutung der Einkommenserzie-

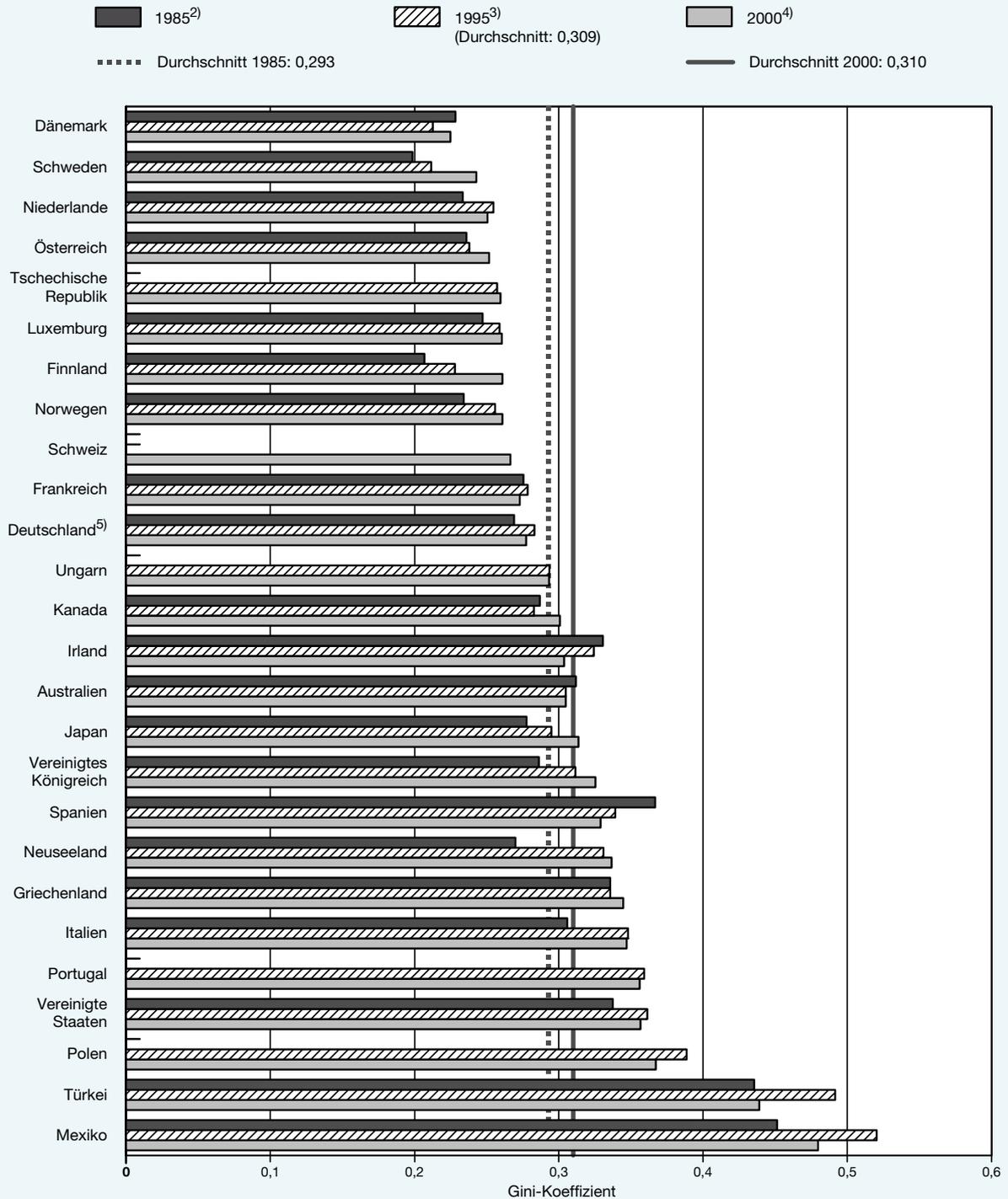
Schaubild 87



in Deutschland (im Jahr 1985 das frühere Bundesgebiet) liegt zu allen betrachteten Zeitpunkten unterhalb des Durchschnitts der OECD; dies gilt auch, wenn man „Ausreißer nach oben“ wie Mexiko und die Türkei bei der Durchschnittsbildung nicht berücksichtigt. Deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegt dagegen zu allen hier betrachteten Zeitpunkten die Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen in den Vereinigten Staaten. Ein vergleichsweise starker Anstieg der Konzentration zeigt sich im Zeitraum der Jahre 1985 bis 2000 in Finnland, Italien, Japan, Neuseeland, Schweden und dem Vereinigten Königreich, in den beiden skandinavischen Ländern jedoch ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Ein spürbarer Rückgang der Konzentration ist dagegen nur in Irland und Spanien zu beobachten. Die Spannweite der Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen in der OECD ist vergleichsweise groß: Die geringste Konzentration findet man im Jahr 2000 in Dänemark und Schweden mit Werten für den Gini-Koeffizienten von rund 0,23 beziehungsweise 0,24; die Türkei und Mexiko weisen dagegen mit rund 0,44 beziehungsweise 0,48 in etwa doppelt so hohe Werte auf.

Für den Zeitraum der Jahre 1995 bis 2000 geht für die Gesamtheit der betrachteten OECD-Staaten eine verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt einher mit einer unveränderten Konzentration der

Schaubild 88

Nettoeinkommensverteilung der privaten Haushalte in 26 OECD-Ländern¹⁾

1) Äquivalenzgewichtetes Nettoeinkommen der privaten Haushalte.– 2) Für Dänemark und Österreich: 1983; für Frankreich, Australien, Italien und Mexiko: 1984; für Luxemburg, Finnland, Norwegen und Neuseeland: 1986; für Irland und Türkei: 1987; für Griechenland: 1988; für die Vereinigten Staaten: 1989.– 3) Für Österreich: 1993; für Dänemark, Frankreich, Deutschland, Irland, Australien, Japan, Griechenland, Türkei und Mexiko: 1994; für die Tschechische Republik und Neuseeland: 1996.– 4) Für Österreich, Australien und Griechenland: 1999; für Luxemburg, Schweiz, Deutschland und Neuseeland: 2001; für die Tschechische Republik, Türkei und Mexiko: 2002.– 5) Für 1985: Früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD

Haushaltsnettoeinkommen. Die insgesamt gegenüber der Mitte der neunziger Jahre verbesserte Arbeitsmarktlage (mit einer geringeren Arbeitslosigkeit) in den Ländern der OECD im Jahr 2000 ergab sich hierbei insbesondere durch institutionelle Arbeitsmarktreformen, die darauf abzielten, das Niveau der nicht konjunkturellen Arbeitslosigkeit zu reduzieren (JG 2005 Kasten 7). Gleichzeitig führten diese Arbeitsmarktreformen zu einer stärkeren Lohnspreizung im Durchschnitt der betrachteten OECD-Staaten. Eine aktuelle Studie der OECD (Burniaux, Padrini und Brandt, 2006) gelangt in diesem Zusammenhang zu der Schlussfolgerung, dass die Effekte einer stärkeren Lohnspreizung auf die Nettoeinkommensverteilung der Haushalte in etwa durch die damit einhergehenden positiven Beschäftigungseffekte ausgeglichen werden. Die zunehmende Ungleichverteilung der Lohneinkommen führt somit nicht zu einer steigenden Konzentration der Haushaltsnettoeinkommen. Für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern, insbesondere Frauen, zeigt sich in den betrachteten Ländern der OECD dagegen sogar ein signifikanter Zusammenhang zwischen einer verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt und einer geringeren Ungleichverteilung der zugehörigen Haushaltsnettoeinkommen. Für die Markteinkommen der Haushalte existiert für die Gesamtheit der OECD-Staaten jedoch ein positiver Zusammenhang zwischen der Veränderung der Arbeitslosigkeit und der Einkommensungleichheit der Haushalte, das heißt eine geringere Arbeitslosenquote führt in der Regel zu einer sinkenden Konzentration der Markteinkommen der Haushalte, und umgekehrt erhöht eine steigende Arbeitslosigkeit die Ungleichverteilung der Markteinkommen.

Darüber hinaus zeigt die Studie der OECD, dass eine zunehmende Ungleichverteilung der Lohneinkommen für die Gesamtheit der OECD-Staaten nicht zu einer Erhöhung des Anteils der armen Haushalte geführt hat. Dies kann wiederum mit positiven Beschäftigungseffekten erklärt werden. Für den Zeitraum der Jahre 1993 bis 2000 lassen einfache Korrelationen im Gegenteil erkennen, dass eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu einem sinkenden Anteil von armen Haushalten führt: Es existiert beispielsweise ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsquote und der Armutsquote, das heißt je höher die Beschäftigung ist, desto geringer fällt die Einkommensarmut aus. Der Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsquote und der Eintrittsrate in Armut ist ebenfalls signifikant negativ; für die Beschäftigungsquote und die Austrittsrate aus Armut existiert eine signifikant positive Korrelation. Eine höhere Arbeitslosigkeit, insbesondere eine höhere Langzeitarbeitslosigkeit, erhöht dagegen die Armutsquote und die Eintrittsrate in Armut signifikant.

Literatur

- Becker, I. und R. Hauser (2004) *Verteilung der Einkommen 1999 – 2003*, Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Frankfurt am Main.
- Bundesregierung (2005) *Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht*, BT-Drucksache 15/5015.
- Burniaux, J.-M., F. Padrini und N. Brandt (2006) *Labour Market Performance, Income Inequality and Poverty in OECD Countries*, OECD Economics Department Working Paper, 500, Paris.
- Frick, J. R. und M. M. Grabka (2005) *Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004: zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit*, DIW Wochenbericht, 28, 429 - 436.